

Diskussionspapier

mit zusammenfassenden Ergebnissen des Expertenworkshops und der Literaturstudie

Mai 2007

Partizipative **Kommune**

Kooperationsnetzwerke und bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen



Dipl.-Kffr. Daphne Reim

Dipl.-Ing. Jenny Schmithals M. A.

Dr. Hans-Liudger Dienel

Dr. Heike Walk

nexus

Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH

Otto-Suhr-Allee 59

10585 Berlin

Tel.: 030/ 31 80 54-63

Fax: 030/ 31 80 54-60

Inhaltsverzeichnis

1	Hintergrund und Ziele des Projekts	3
2	Zusammenfassung der Literaturstudie und des Expertenworkshops	3
2.1	Bedeutung von Bürgerschaftlichem Engagement	4
2.2	Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland	5
2.3	Die Bedeutung von Vernetzung und Kooperationen.....	6
2.4	Vorgeschlagene Handlungsansätze	7
3	Offene Forschungsfragen	11

1 Hintergrund und Ziele des Projekts

Das Projekt „Kooperationsnetzwerke und bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen“ beschäftigt sich mit den Rahmenbedingungen, Wirkungen und Potenzialen von bürgerschaftlichem Engagement für eine zukunftsorientierte Entwicklung ostdeutscher Kommunen. Der Fokus richtet sich dabei auf Kooperationen zwischen Verwaltung/Politik, Wirtschaft und dem Dritten Sektor.

Hintergrund des Projektes ist die Vermutung, dass in ostdeutschen Kommunen die Verwaltung, einzelne Unternehmen und vorhandene zivilgesellschaftliche Strukturen zwar recht gut funktionieren, sie miteinander jedoch kaum vernetzt sind.

Von diesem Problem fehlender Kooperationsnetzwerke sind ostdeutsche Kommunen in besonderem Maße betroffen, da sie spezifischen Problemen – einer dauerhaft hohen Arbeitslosigkeit, im Zuge von Abwanderung (vor allem junger und qualifizierter Menschen) einer schrumpfenden und überalternden Bevölkerung und dem Abbau von Verwaltungsstrukturen und öffentlicher Einrichtungen – gegenüberstehen. Zudem sind im Zuge der Wiedervereinigung viele DDR-typische Kooperations- und Engagementstrukturen teilweise ersatzlos verschwunden.

Wir gehen davon aus, dass sowohl bürgerschaftliches Engagement vor Ort als auch die Kooperation und Vernetzung der drei Sektoren Verwaltung/Politik, Wirtschaft und Dritter Sektor einen wirksamen Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation in ostdeutschen Kommunen leisten kann.

Die Spezifika bürgerschaftlichen Engagements und der intersektoralen Zusammenarbeit in kleineren Städten Ostdeutschlands sind jedoch noch nicht hinreichend bekannt. Das Projekt möchte einen Beitrag zur Analyse des bürgerschaftlichen Engagements und Kooperationen in ostdeutschen Kommunen leisten. Darauf aufbauend sollen Handlungsempfehlungen zu förderlichen Faktoren und Rahmenbedingungen sowie zu Gestaltungsmöglichkeiten des Verhältnis von Bürgern, Wirtschaft und Staat formuliert werden, um eine zukunftsweisende und an den spezifischen ostdeutschen Gegebenheiten orientierte Engagementförderung zu etablieren und die lokalen Infrastrukturen und Kooperationsansätze zu stärken.

2 Zusammenfassung der Literaturstudie und des Expertenworkshops

Der Expertenworkshop, der am 19. Dezember 2006 in Berlin stattfand, bildete den öffentlichen Auftakt des Projektes und einen wichtigen Baustein für die eingehende Erörterung der Themenstellung des Forschungsprojektes. Im Rahmen des Workshops wurde mit rund 50 Experten aus den Bereichen öffentliche Verwaltung, Wirtschaft und Dritter Sektor die Frage diskutiert, welche Wirkung eine engere Vernetzung dieser drei Sektoren auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung einer Kommune hat. Die

Dokumentation des Workshops kann unter www.partizipative-kommune.de heruntergeladen werden.

Die Literaturstudie wurde im Zeitraum Dezember 2006 bis April 2007 erstellt und soll zukünftig sukzessive erweitert werden. Die Literaturstudie kann unter www.partizipative-kommune.de heruntergeladen werden.

2.1 Bedeutung von Bürgerschaftlichem Engagement

In unserem Verständnis von bürgerschaftlichen Engagement lehnen wir uns an die Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ an. Dieser zufolge ist bürgerschaftliches Engagement dadurch charakterisiert, dass es freiwillig ist, nicht auf materiellen Gewinn gerichtet, gemeinwohlorientiert und öffentlich, bzw. im öffentlichen Raum stattfindet. Es wird normalerweise kooperativ ausgeübt und erzeugt soziales Kapital, demokratische Kompetenz und informelle Lernprozesse. Diese Definition schließt ein vielfältiges Spektrum von Beteiligungs- und Mitwirkungsformen, die den Bürger/innen die Möglichkeit bieten, sich in das kulturelle, soziale und politische Geschehen einzubringen ein.

Die Thematik des bürgerschaftlichen Engagements wird außerdem im unternehmerischen Kontext diskutiert. Unternehmen bringen sich in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft ein, am häufigsten in den Bereichen Soziales, Kultur, Bildung und Sport. Traditionell besteht das Engagement in Geld- und Sachspenden, aber auch in Form von Personaleinsatz, Know-How-Transfer und Partnerschaften. Konzepte wie z. B. Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship betonen die strategischere Vorgehensweise bei der Integration des Engagements in die unternehmerischen Aktivitäten und Zielsetzungen.

Momentan ist bürgerschaftliches Engagement ein in Medien, Politik und Wissenschaft viel diskutiertes Thema. Das politische Interesse an bürgerschaftlichem Engagement liegt unter anderem in der sich verändernden Rolle des Staates und in der Krise des herkömmlichen Systems wohlfahrtsstaatlicher Sicherung in Deutschland begründet. Die Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten zwischen Staat, Bürger und Wirtschaft sind neu zu verhandeln. Nicht allein der Staat kann für die Erbringung von Wohlfahrt zuständig sein. Auch über die Mechanismen des Marktes lassen sich die in einer postmodernen Gesellschaft anfallenden Aufgaben nicht bewältigen. Der Beteiligung der Bürger/innen und der Unternehmen wird ein neuer Stellenwert im Bereich gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme zugeschrieben, die vor allem bei der kommunalen Daseinsvorsorge an Bedeutung gewinnt. Zugleich bietet bürgerschaftliches Engagement den Bürger/innen und Unternehmen die Möglichkeit, die Qualität politischer Entscheidungen zu verbessern, indem sie einerseits ihren spezifischen Sachverstand beisteuern und andererseits dafür sorgen, dass politische Entscheidungen möglichst nah an ihren Interessen gefällt werden.

In einer Gesellschaft, in der viele vom Erwerbsleben ausgeschlossen sind – sei es durch unfreiwillige Arbeitslosigkeit oder nach dem Erwerbsleben – indem es Sinn, Identität, aber auch Qualifikation bietet, erhält bürgerschaftliches Engagement zusätzlich auf persönlicher Ebene an Bedeutung.

Bürgerschaftliches Engagement ist ein Standortfaktor. Für Investoren sind nicht nur eine geeignete Wirtschafts- und Infrastrukturförderung sowie Rahmenbedingungen wie gute Verkehrsanbindung etc. wichtig, sondern auch engagierte Menschen vor Ort, Lebensqualität, kulturelle Angebote, adäquate Bildungsangebote und regionale Identität können wichtige Kriterien für Investitionsentscheidungen sein. In diesen Bereichen wird bürgerschaftliches Engagement aller Voraussicht nach zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Bürgerschaftliches Engagement stellt eine strukturbildende Ressource dar und trägt zum Funktionieren einer Kommune bei.

2.2 Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland

Der Anteil der Menschen, die sich bürgerschaftlich engagieren, differiert innerhalb von Deutschland erheblich. In Westdeutschland ist ein Nord-Süd-Gefälle zu verzeichnen und in Ostdeutschland sind die Engagementquoten niedriger als in Westdeutschland, wobei sie sich in allen ostdeutschen Bundesländern auf ähnlichem Niveau bewegen. In den letzten Jahren sind dort allerdings sowohl Engagementbereitschaft als auch realisiertes Engagement gestiegen und es zeigen sich weitere Wachstumstendenzen.

Soziodemographische Zusammenhänge (Geschlecht, Alter, Haushaltseinkommen) prägen die Engagementbereitschaft der Bürger/innen. Häufiger als in Westdeutschland, wo Freiwillige vielfach für ihre Tätigkeit angeworben werden, kommen Freiwillige in den neuen Bundesländern durch eigene Initiative zu ihrer freiwilligen Tätigkeit. Insbesondere bei Jüngeren sowie Arbeitslosen spielen bei den Engagementmotiven die berufliche Nähe und Kompetenzerwerb eine Rolle.

Darüber hinaus spielen Faktoren wie Landespolitik, strukturelle Gründe und religiöse Bindungen eine Rolle. In Ostdeutschland werden die Engagementstrukturen zudem wesentlich von zwei Besonderheiten beeinflusst: Zum einen wirken Engagementtraditionen aus der Zeit der DDR nach, zum andern die Folgen des gesellschaftlichen Umbruchs und der Transformationsprozesse.

Zu DDR-Zeiten waren ehrenamtliche Tätigkeiten sehr eng mit dem politischen System und den Betrieben verbunden. Es gab keinen eigenständigen und unabhängigen „Dritten Sektor“, der mit dem in Westdeutschland vergleichbar gewesen wäre. SED-Machtmonopol und die „Durchorganisation“ der Gesellschaft erlaubten eine Teilhabe und Mitwirkung der Bürger/innen an der Gestaltung politischer Angelegenheiten nicht. Es gibt somit weniger (positive) Erfahrung mit Demokratie und Selbstverwaltung. Den großen Verbandsorganisationen fehlen Mitglieder, u. a. aufgrund fehlender

Milieubezüge. So gibt es z. B. insbesondere in Kirchen und religiös geprägten Einrichtungen weniger Engagierte als in Westdeutschland aufgrund geringerer konfessioneller Bindungen. Die Nischenfunktion der Kirche als Sammelbecken für politisches und ökologisches Engagement ist mit der Wiedervereinigung weggefallen.

Allerdings haben sich weit verzweigte Strukturen informellen Engagements („man hilft sich gegenseitig“) ausgeprägt. Diese Netzwerke – so lautet unsere These – werden durch die Brille von westdeutschen Sozialforschern vermutlich oft übersehen. Einige Studien erkennen eine gute Basis für Gemeinschaftlichkeit und kollektive Aktionen in Ostdeutschland. Der Wunsch nach Gemeinschaftlichkeit und kollektiven Aktionen sowie eine starke Familienorientierung wirken weiter nach.

Kommunen halten sich mit der Übertragung sozialer Aufgaben an nicht-staatliche Organisationen und Bürgergruppen teilweise zurück. Dies mag in der sozialistischen Vorstellung eines starken Staates begründet sein, der für die allumfassende Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Dienstleistungen zuständig ist.

Mit der Wiedervereinigung wurden durch den Institutionstransfer von West nach Ost viele Grundstrukturen rechtlicher, marktwirtschaftlicher, administrativer und demokratischer Institutionen „top down“ in den neuen Bundesländern implementiert.

Strukturelle Ungleichheiten zwischen Ost und West spiegeln sich in den unterschiedlichen Verhältnissen von bürgerschaftlichem Engagement wider: Arbeitslosigkeit, Abwanderung – v. a. der jungen Generation – und die Folgen des demographischen Wandels sind in Ostdeutschland verstärkt zu spüren. Erfahrungen wie Massenentlassungen, Arbeitslosigkeit und damit einhergehende soziale Verunsicherung können sich demotivierend und in Resignation und Distanz gegenüber der Politik sowie in einer geringen Beteiligung auswirken. Dennoch sind auch bisher schon viele gute Ansätze bürgerschaftlichen Engagements und intersektorale Projekte entstanden. Gerade beim Anteil von Arbeitslosen unter den Engagierten, der nach wie vor vergleichsweise niedrig ist, ist ein hoher Zuwachs zu verzeichnen. Die Situation hoher Arbeitslosigkeit und ihre Bedeutung für die Engagementbereitschaft sowie spezifische Möglichkeiten und Zugänge zum Engagement sind besonders zu berücksichtigen.

2.3 Die Bedeutung von Vernetzung und Kooperationen

Die Bedeutung von Netzwerken und Kooperationen zwischen verschiedenen Akteuren wird inzwischen sowohl in unternehmerischen als auch gesellschaftlichen Kontexten hervorgehoben. Netzwerke zeichnen sich durch Verbindungen zwischen Personen und Organisationen aus, die als eine eigenständige Form der Zusammenarbeit verstanden werden können. Soziale Netzwerke können ein Handlungsumfeld bilden, in dem Vorhaben und Maßnahmen effizienter umgesetzt werden, wenn die Rücksichtnahme auf die Interessen der Partner zur besseren Realisierung der eigenen Ziele beiträgt, als

wenn keine gemeinsame Abstimmung erfolgt. Soziale Netzwerke bilden außerdem Infrastrukturen für Austausch- und Kommunikationsprozesse zwischen individuellen Akteuren, Gruppen und Organisationen. Hierdurch kann auch die Innovationsfähigkeit gefördert werden. Meister (2004) führt beispielsweise an, dass Netzwerke zur Lösung regionaler Beschäftigungsprobleme beitragen, da zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit das Zusammenspiel einer Vielzahl von Institutionen, Ressourcen und Kompetenzen notwendig ist (vgl. Meister 2004, S. 249).

Ohne auf Vollständigkeit zu setzen, zeugen die in der Literaturstudie (siehe download auf www.partizipative-kommune.de) dargestellten Vernetzungs- und Kooperationsansätze von einer großen Vielfalt: Zum einen sind hinsichtlich der beteiligten Sektoren bi- und trisektorale Vernetzungen angeführt. Zum anderen kann die Vernetzung und Kooperation personeller, informationeller, finanzieller und/oder struktureller bzw. organisatorischer Art sein.

Im Zuge der Literatur- und Materialstudie konnten wir feststellen, dass sich weitaus mehr Praxisbeispiele für bisektorale Kooperationsformen als für Netzwerke zwischen allen drei Sektoren Verwaltung/Politik, Wirtschaft und Drittem Sektor finden lassen. Darüber hinaus gehen wir davon aus, dass wahrscheinlich eine Vielzahl von Projekten existiert, die ganz individuell an den regionalen bzw. örtlichen Bedürfnissen und vorhandenen Akteuren gestaltet sind, aber über keine Informationsmaterialien verfügen.

2.4 Vorgeschlagene Handlungsansätze

Ausgehend von den Ergebnissen der Literaturstudie können folgende zentrale Handlungsempfehlungen für die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements und von Kooperationsnetzwerken formuliert werden:

Förderung durch Infrastruktur

- Für Ostdeutschland ist der Ausbau einer professionellen und dauerhaften Infrastruktur der Engagementförderung, die vorhandene bürgerschaftliche Ansätze unterstützt und neues Engagement anregt, wünschenswert.
- Die Einrichtung von Vermittlungsagenturen sollte gefördert werden: Selbsthilfeeinrichtungen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen etc. haben sich unabhängig voneinander entwickelt. Nun geht es darum, Potenziale von Vernetzungen zu erforschen und teilweise verschiedene Einrichtungen institutionell gemeinsam zu verankern, um zu einem integrierten gemeinwesenorientierten Infrastrukturkonzept zu gelangen.

Förderung durch Unternehmen

- Bürgerengagement ist ein Standortfaktor, der für Unternehmen wichtige Rahmenbedingungen fördert. Unternehmen können dies durch ihr bürgerschaftliches Engagement unterstützen und tun dies bereits häufig.
- Das Thema bürgerschaftliches Engagement sollte in den Kommunen stärker öffentlich kommuniziert werden. Dadurch erfahren Unternehmen, die sich engagieren, einen größeren Imagegewinn und durch ihre guten Beispiele, die die Bedeutung und positive Wirkung für das Gemeinwesen und das eigene Unternehmen verdeutlichen, können sie Vorbildfunktion erlangen, Ideen für Aktivitäten vermitteln und so zum Nachahmen motivieren.
- Unternehmerisches Engagement in Ostdeutschland sollte primär in solchen Handlungsfeldern angesetzt werden, welche zur Attraktivität des Standortes sowie des Betriebes beitragen. Dadurch könnten potenzielle Arbeitnehmer in der Region gehalten sowie Zu- und Rückwanderung insbesondere von Fachkräften und Unternehmensgründungsaktiven gefördert werden. Primäre Zielgruppen bzw. Handlungsfelder für bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen sind vor diesem Hintergrund Jugend, Familie und möglicherweise „ältere“ Arbeitnehmer mit Berufserfahrung. Diesbezügliche Aktivitäten richten sich auf die Förderung von berufsrelevanten Kompetenzen und Qualifikationen sowie die Verbesserung der Familienfreundlichkeit sowohl des lokalen Umfeldes als auch im Unternehmen. Hierfür sind Partnerschaften mit entsprechenden Einrichtungen (z. B. Schulen, Fachhochschulen, pädagogische Einrichtungen) denkbar. Die intersektorale Einbindung könnte ebenfalls in Stadtmarketing- und Stadtentwicklungsprozessen sowie Kooperationsprojekten wie z. B. lokalen Bündnissen für Familie realisiert werden.

Förderung durch Empowerment

- Die generelle Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements durch zentrale Personen in der Kommune, wie den Bürgermeister, ist von großer Bedeutung für das Ansehen des bürgerschaftlichen Engagements. Diese Personen, die als Meinungsträger in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, tragen dazu bei, dass Projekte Erfolg haben – z. B. da sie mit ihrer Reputation Vorbildcharakter haben und beispielsweise dazu beitragen, Sponsoren, zu gewinnen. Für das Vorgehen im Projekt „Partizipative Kommune“ haben wir diese These berücksichtigt: ein ganz wesentliches Kriterium für die Auswahl der Kommunen war, dass Bürgermeister und Stadtverwaltung die Kooperation unterstützen.
- Es sollten Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für öffentlich Bedienstete in den kommunalen Verwaltungen und Ministerien der Länder angeboten werden, die die Praxis lokaler Bürgergesellschaft und die Integration von Bürgerbeteiligung in die Verwaltungsabläufe zum Thema haben. Dieses Thema könnte auch in bestehende Fortbildungsangebote integriert werden.

- Gleichfalls sind Bildungsmaßnahmen für freiwillig Engagierte sinnvoll.
- Zur Identitätsbildung kann eine Ausstellung über Bürgerengagement in der Gemeinde organisiert werden (Methode Bürgerausstellung).

Förderung durch Kooperation

- Es braucht „intelligente kommunalpolitische Systeme“, die bürgerschaftliche Projekte als Grundlage jeden Gemeinwesens in Teilhabe- und Dienstleistungsstrukturen einbeziehen. Die Herausforderung an die Kommunalpolitik besteht darin, nicht nur intersektorale Vernetzung anzustoßen, sondern auch innerhalb der Verwaltung ressortübergreifend zu kooperieren.
- Gemeindeordnungen könnten modellhaft geöffnet werden, z. B. durch projektbezogene Mitarbeit der Bürger/innen an Entscheidungsprozessen in der Gemeinde. Erste Schritte: Direktwahl von Bürgermeister/innen, Erleichterung von Bürgerbegehren und Referenden. Einsatz von neuen Beteiligungsmethoden (z. B. Mediation, Planungszellen und Zukunftswerkstätten).
- Interkommunale Vernetzung, z. B. durch Erfahrungsstammtische oder „Dorfpartnerschaften“ tragen dazu bei, gegenseitige Lernprozesse zu befördern.
- Jugendliche brauchen ausgebildete Jugendbetreuer als Ansprechpartner für bürgerschaftliches Engagement. Schulen sollten zur Mitarbeit bei lokalen Projekten eingeladen werden.
- Die Medien sollten stärker ihre Verantwortung wahrnehmen, einen Beitrag zur Bewusstseinsbildung für bürgerschaftliches Engagement zu leisten. Bisher ist das Thema nicht präsent genug.
- Die engagementpolitische Situation in Ostdeutschland erweist sich komplexer und gestaltungsoffener als in den alten Bundesländern. Diese größere Gestaltungsoffenheit der ostdeutschen Institutionen kann eine Chance für neue Engagementformen und –partnerschaften sein (z. B. in den Bereichen Schule, Pflege, Mobilität, u. a.).

Allerdings ist es nicht unbedingt leicht, neue Formen eines selbstbestimmten und –organisierten Engagements zu etablieren. Es mangelt an organisierten Vergemeinschaftungsformen vor Ort. Daher sollten relevante gesellschaftliche Institutionen und Organisationen in den Bereichen Politik, Verwaltung, Bildung, Kultur und Soziales sich für Initiativen engagierter Bürger/innen öffnen. Das beinhaltet eine Übergabe von Teilen der Macht und Kompetenzen auf Bürger/innen, die sich engagieren.

Förderung durch Anreize

- Anerkennung: Schaffung einer Kultur der Anerkennung. Die Anerkennung und Wertschätzung von bürgerschaftlichem Engagement unterstützt die Entstehung sozialer Identität. Mögliche Formen der Wertschätzung sowohl ideeller als auch

materieller Natur sind zum Beispiel: Landesverdienstorden u. a. Auszeichnungen, Ehrenmitgliedschaften, Ehrenamtsausweise.

- Finanzielle Entlastungen: z. B. Steuerbefreiung von Aufwandsentschädigungen.

3 Offene Forschungsfragen

Folgende Forschungsfragen haben wir im Rahmen der bisherigen Analyse identifiziert:

- Welche spezifisch ostdeutschen Formen von bürgerschaftlichem Engagement wurden bislang kaum identifiziert, evtl. da der Analyseblick von westdeutschen Modellen geprägt war?
- Keiner der Sektoren ist in sich homogen: es gibt sowohl innerhalb der Verwaltung, in einem Unternehmen und auch im Dritten Sektor (Vereine, Verbände, engagierte Bürger/innen...) Akteure mit teilweise unterschiedlichen Interessen und unterschiedlich ausgeprägten Vernetzungen. Hier können nur tiefgreifende Fallstudien differenzierte Strukturen aufzeigen.
- Moderne Formen von bürgerschaftlichem Engagement treten in Deutschland neben und teilweise an die Stelle von klassischem Ehrenamt und zwar in einem Prozess der Pluralisierung, der zumindest noch nicht zu einem klaren Modell bürgerschaftlichen Engagements geführt hat, sondern zu einem „Nebeneinander von ‚neuem‘ und ‚altem Ehrenamt‘, zivilgesellschaftlicher Aktivität und bürgerschaftlichem Bestreben“ (Zimmermann 2007). Dieser Befund gilt für Ostdeutschland in spezieller Weise, da hier die Ausgangssituation eine andere war als in Westdeutschland. Das heißt, dass hier die neuen Engagementformen andere alte Strukturen überlagern und von diesen „traditionellen“ Formen auch etwas anders geprägt werden.
- Welche Wirkungen kann bürgerschaftliches Engagement auf die regionale Identität der engagierten Bürger/innen haben? Trägt es zu einem größeren Bleibe- bzw. Rückkehrwunsch bei?
- Hinsichtlich des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen konnte festgestellt werden, dass keine repräsentativen Studien verfügbar sind, die den Kenntnisstand, Aktivitäten, Motive und Nutzen des unternehmerischen Engagements differenziert nach Ost und West untersuchen. Um das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen allerdings in geeigneter Weise zu fördern, bedarf es genauerer Kenntnisse über die Situation ostdeutscher Unternehmen, ihrer Bedarfe und Interessen zur Mitwirkung vor Ort.
- Der Befund, dass bürgerschaftliches Engagement insbesondere bei Jugendlichen und Arbeitslosen in Ostdeutschland stärker arbeitsmarktbezogen motiviert ist, gibt Unternehmen eine potenziell stärkere Rolle bei Ansätzen und Maßnahmen zur Ausschöpfung des Engagementpotenzials. Wie können entsprechende Maßnahmen, bei denen der Erwerb von Qualifikationen und eine Berufsorientierung stärker möglich ist, gemeinsam mit Unternehmen entwickelt, angeboten und kommuniziert werden?